

Was macht die Bundeswehr in Afghanistan?
Wie geht es der Bevölkerung in Afghanistan 6 Jahre
nach Kriegsbeginn? Wer profitiert von dem Krieg –
wer verliert? Diese Broschüre will Argumente für
alle liefern, die einen Beitrag dazu leisten wollen,
dass die Bundeswehr ihre Beteiligung am Krieg in
Afghanistan beendet. Sie zeigt, dass ein sofortiger
Truppenabzug der einzige Weg ist, den Menschen
in Afghanistan zu helfen. www.die-linke.de



Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Warum Deutschland nicht
am Hindukusch verteidigt wird

DIE LINKE.

Was macht die Bundeswehr in Afghanistan?

Im Herbst 2008 steht die Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz auf der Tagesordnung des Bundestages. Die Bundeswehr behauptet auf ihrer Homepage: *„ISAF unterstützt im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Wahrung der Menschenrechte, bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter sowie der geordneten Rückkehr von Flüchtlingen.“*

Das sieht die LINKE anders: Die NATO will dauerhaft Truppen in Afghanistan stationieren, weil das Land von strategischer Bedeutung gegenüber dem Nahen Osten, Zentralasien, Russland und China ist. Die Bundesregierung sieht in ihrem „Afghanistan-Engagement“ auch eine Chance, Deutschland als globalen Akteur zu etablieren. Für die meisten Menschen vor Ort bedeutet der Krieg extreme Armut, Vertreibung und Gefahr für Leib und Leben.

Eine ARD-Umfrage belegt, dass 86 Prozent der Deutschen gegen jegliche Auslandseinsätze sind, 55 Prozent für den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Diese Broschüre will Argumente dafür liefern, dass die Bundeswehr ihre Beteiligung am Krieg in Afghanistan beendet. Sie wird zeigen, dass ein sofortiger, bedingungsloser Truppenabzug der einzige Weg ist, den Menschen in Afghanistan zu helfen.

Das Märchen vom Wiederaufbau

Was nützen die NATO-Truppen und Aufbauhelfer den Afghanen? Leider ist die Bilanz überwiegend negativ.

Nur eine kleine wohlhabende Schicht profitiert von der Besetzung. Nur für sie hat sich das Leben in der Hauptstadt Kabul normalisiert. Gleichzeitig hat die militärische und soziale Bedrohung für die Mehrheit der Afghanen zugenommen. Das Wirtschaftswachstum mildert die extreme Armut nicht. Die Vereinten Nationen stellen in ihrem Weltentwicklungsbericht (**Human Development Index**) für Afghanistan einen Rückschritt gegenüber 2004 fest.

Die Miete für ein kleines Haus in Kabul kostete vor der Besetzung umgerechnet 50 Dollar. Heute sind es 1.500 Dollar. 6,6 der 30 Millionen Afghaninnen und Afghanen haben nicht genug zu essen. Infolge des westlichen Einmarsches ist die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen zwischen 2003 und 2005 von 28,7 auf 23,5 Prozent gefallen. Die durchschnittliche Lebenserwartung sank im gleichen Zeitraum von 44,5 auf 43,1 Jahre.

Die zunehmende Armut zwingt viele Menschen, ihre Kinder arbeiten zu lassen, statt sie in die Schule zu schicken. Die Gesundheitsversorgung ist lückenhaft und oft nicht an den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung ausgerichtet. In Städten wie Kabul oder

Kandahar leiden Menschen wegen der mangelhaften Abwasserentsorgung an gefährlichen Erkrankungen. Nur 10 Prozent der Bevölkerung haben für einige Stunden am Tag Strom. Die neuen Kraftwerke nutzen meist nur Regierung, Armee, Konzernen und ausländischen Einrichtungen.

Hunderttausende Menschen flohen vor den Kämpfen in Süd- und Ostafghanistan. Mindestens 80.000 von ihnen leben in so katastrophalen Verhältnissen, dass viele von ihnen den kommenden Winter vielleicht nicht überleben werden.

Das Leid der Frauen

Frauen tragen infolge der Besatzungspolitik das größte Leid. Viele Frauen haben nach wie vor außer Betteln und Prostitution kaum eine Erwerbsmöglichkeit. Zwangsheiraten nehmen zu. 65 Prozent der 50.000 Witwen in Kabul haben wegen dieser Ausweglosigkeit Selbstmordgedanken. Besser als unter den Taliban leben nur wohlhabende Frauen in großen Städten.

Für die meisten Frauen ist es gefährlich, ohne Mann das Haus zu verlassen. Deshalb können sie die wenigen existierenden Hilfsangebote kaum erreichen. Medizinische Versorgung scheitert häufig an der schlechten

Sicherheitslage oder den Gebühren. Nur 52 Prozent der Frauen in Städten und 9 Prozent der Frauen auf dem Land haben fachliche Hilfe bei der Geburt. Alle 29 Minuten stirbt eine Afghanin bei der Geburt. 20 Prozent der Kinder sterben vor ihrem fünften Geburtstag. Viele Frauen nehmen Opium gegen Depressionen und Schmerzen. Experten schätzen, dass 20 bis 30 Prozent der Frauen opiumsüchtig sind.

Neoliberalismus in Afghanistan

Es gibt immer mehr Berichte über versprochene Hilfe, die nie ausgezahlt wird. Stattdessen wird mit den Hilfsgeldern eine neoliberale Politik finanziert. So bezahlte die US-Behörde für Internationale Entwicklung (**USAID**) die Prüfung afghanischer Betriebe auf Möglichkeiten, sie zu privatisieren. Die Studie empfahl die Privatisierung von 42 Betrieben und die Schließung von 21 weiteren. Nur 10 sollen in staatlichem Besitz bleiben. Abgewickelt werden die Privatisierungen von der Agentur „Afghan Investment Support Agency“ (**AISA**), die 2003 auch mit Geldern aus Deutschland eröffnet wurde.

Ebenfalls mit deutscher Unterstützung wurde damals ein Gesetz erlassen, das die Investitionen und die Rechte transnationaler Konzerne schützt. So wird die Ausplünderung des Landes ermöglicht und Saatgutfirmen wie z.B. Bayer oder Monsanto freie Hand gegeben. Die Entwicklung einer

eigenständigen afghanischen Wirtschaft wird so von vornherein erschwert.

Viele Hilfsgelder werden für Aufträge an ausländische Unternehmen ausgegeben. Weitere große Teile der „zivilen“ Hilfe gehen an Polizei und Geheimdienst. Der Bau von Straßen orientiert sich an den Bedürfnissen der NATO, die Truppen und Waffen zu transportieren hat.

Der Krieg ist verloren

Der militärpolitische Berater der deutschen Botschaft in Kabul schrieb im Mai 2007 an das Auswärtige Amt:

„Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. (...) Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft ... bekämpfen. ... Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid...“

Ausweitung der Besetzung durch ISAF	Todesopfer der Alliierten Streitkräfte	Truppenstärke (ISAF ohne OEF)	Sprengfallen gegen NATO
2002 ISAF ist auf Kabul beschränkt	69	4.500	22
2003 ISAF ist auf Kabul beschränkt	57	5.600	83
2004 erste Ausweitung in den Norden	58	8.000	334
2005 Ausweitung in den Westen	130	10.000	844
2006 Juni Ausweitung in den Süden, Oktober Ausweitung in den Osten	191	20.000	1.931
2007 Versuch landesweit Kontrolle zu übernehmen	232	31.000	2.615
2008 Schwerpunkt: Aufstandsbekämpfung	64 (Stand April)	47.000 (Stand April)	k.A.

Die NATO ist gescheitert. Immer mehr Soldaten bringen immer weniger Sicherheit. Das Leben in Afghanistan ist unsicherer als im Irak.

Die NATO hat viele Feinde

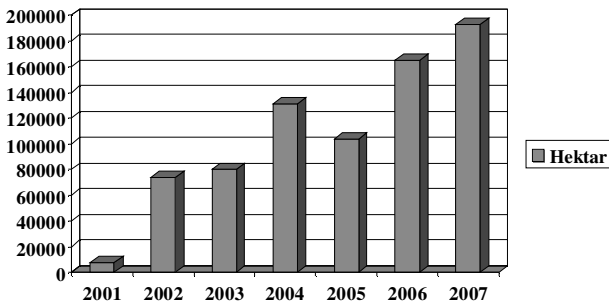
Die Regierung von Präsident Hamid Karzai kontrolliert nur rund 30 Prozent des Landes. Die Taliban, von der NATO meist als ihr einziger Gegner dargestellt, kontrollieren schätzungsweise 10 Prozent des Landes. Sie verfügen über eine dezentrale Kommandostruktur, sind regional unterschiedlich geprägt und haben in vielen Gebieten zivile Strukturen aufgebaut. Der Rest steht unter dem Einfluss lokaler Milizen und Clans.

Dennoch haben die Taliban zweifelsohne an Unterstützung gewonnen, weil sie den Widerstand gegen die Besatzung organisieren. Der ehemalige afghanische Innenminister, Ali Ahmad Jalali, sagte über die wachsende Unterstützung der Taliban: *„Was die Menschen bewegt, ist nicht Ideologie, sondern eine instabile Umgebung zwischen den bestehenden Netzwerken von Clans, Stämmen, unzufriedenen Leuten, Drogenhändlern, Opportunisten und arbeitslosen Jugendlichen.“* Die kanadische Denkfabrik Senlis Council analysiert, dass der Großteil des Widerstands aus *„armutsgetriebenen ‘Graswurzelgruppen’“* besteht.

Schlafmohnanbau

Die Drogenmafia wird Jahr für Jahr stärker, weil sie Teile ihres Gewinns in immer bessere Waffen investiert und Bauern mit Krediten und Vorauszahlungen auf die Ernte in Abhängigkeit hält. Ohne wirtschaftliche Alternativen können die Bauern nicht aufhören, Schlafmohn anzubauen, aus dem Heroin gewonnen wird.

Ein alternativer Ansatz wäre auch die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige in den Industrieländern sowie der kontrollierte Anbau von Mohn für medizinische Zwecke.



Grafik: Wachstum der Anbaufläche für Schlafmohn seit dem Beginn der Besetzung

Heute Afghanistan, morgen die halbe Welt

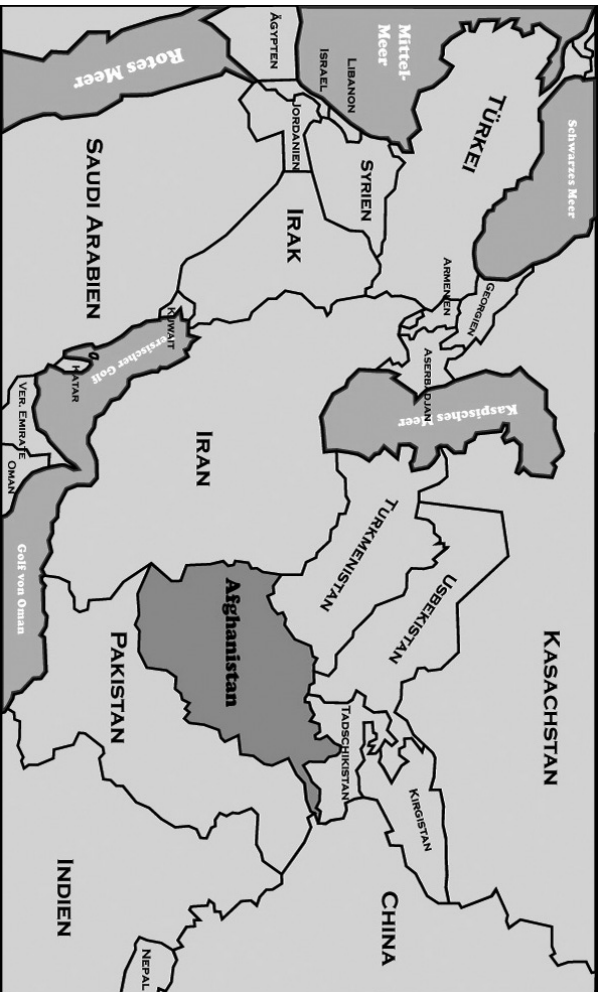
„Wenn wir am Hindukusch Erfolg haben, werden wir auch das nächste Mal stärker sein, wenn wir aufgerufen sind, unsere Sicherheit und Werte weit weg von zu Hause zu verteidigen.“

Victoria Nuland, US-Botschafterin der NATO, im Februar 2008

Afghanistan liegt zwischen dem Nahen Osten, Zentralasien, China, Indien und Pakistan. Das Land hat für die NATO eine große strategische Bedeutung, weil sie von Afghanistan aus die Kontrolle über die Öl- und Gasfelder am Persischen Golf und in Zentralasien durchsetzen will. Darüber hinaus will sie Stärke gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsmächten China und Indien zeigen. In den zentralasiatischen Ländern Kasachstan und Turkmenistan liegen einige der größten Öl- und Gasfelder, die in den letzten Jahren entdeckt wurden.

Mehrere Wirtschaftsmächte haben die Bedeutung Zentralasiens für ihre Pläne betont:

Russland sieht die Region als „nahes Ausland“ und will auf Einfluss nicht verzichten, besonders bei Transportrouten wie Pipelines, über die Öl und Gas zu den Märkten gebracht werden.



Die aktuelle „**Nationale Sicherheitsstrategie**“ der **USA** erklärt Zentralasien zur Region von „vitalem Interesse“:
„Zentralasien ist von dauerhafter Priorität für unsere Außenpolitik.“

Die **EU** verabschiedete 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft ihre Zentralasienstrategie. Darin gehen die Regierungen ausführlich auf die „beträchtlichen Energieressourcen“ der Region ein.

Diese sollen künftig eine zentrale Rolle bei der Energieversorgung der EU spielen. In der Zusammenarbeit mit den dortigen Staaten „*in Fragen der Sicherheit und der regionalen Wirtschaftsentwicklung*“ müsse jeweils „*die geografische Lage, insbesondere im Verhältnis zu Afghanistan, Pakistan und Iran, berücksichtigt werden.*“

In einer Rede vom März 2008 kommentierte für die **Bundesregierung** Außenminister Frank-Walter Steinmeier die EU-Osterweiterung bis ans Schwarze Meer folgendermaßen:

„Das macht uns zum Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer... Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen... Lasst uns Angebote machen und die Kooperation suchen. Denn: Wenn wir es nicht tun – andere Spieler werden nicht auf uns warten!“

Mehrere Staaten und ihre Unternehmen haben große wirtschaftliche Interessen in der Region. Wer sich durchsetzt, hängt auch davon ab, wer die militärische Kontrolle über die Region ausübt. Dafür ist Afghanistan entscheidend.

Der Kampf um militärischen und wirtschaftlichen Einfluss in Zentralasien ist einer der zentralen Konflikte zwischen den USA, der EU, China und Russland. Die USA und andere führende NATO-Staaten setzen ihre Interessen im Zusammenspiel mit anderen internationalen Institutionen wie EU und UNO durch.

Der Krieg in Afghanistan ist auch ein entscheidender Test für Fähigkeit der NATO, Länder zu erobern und dauerhaft zu kontrollieren. Sollte das Bündnis hier scheitern, würden weitere NATO-Kriege in nächster Zeit unwahrscheinlich.

Es gibt keine Demokratie

Hamid Karzai wurde 2001 auf einer Konferenz auf dem Bonner Petersberg zum afghanischen Präsidenten ernannt. Davor beriet Karzai den US-amerikanischen Ölkonzern Unocal, der heute zu Chevron gehört und eine Pipeline durch Afghanistan bauen wollte. Die Mehrheit der Afghanen lehnt die Regierung Karzai ab.

Die NATO-Truppe ISAF wurde aufgestellt, um die Regierung Karzai an der Macht zu halten. Unter Karzai herrschen dieselben Kriegsfürsten, die die Afghanen in den 90er Jahren terrorisierten. Darunter sind Kriegsverbrecher und Drogenbosse wie General Mohammed Daoud und Rashid Dostum. Die Abgeordnete Malalai Joya wurde vom Parlament ausgeschlossen, nachdem sie dagegen protestiert hatte.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und Parlamentswahlen 2005 waren Gewalt gegen Kandidaten und Stimmenkauf die Regel. Die New York Times nannte die Art und Weise, wie die Wahlen zustande kamen, „*eine plumpe amerikanische Aktion.*“

Die Bundeswehr ist Teil des Krieges

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan beruht auf zwei verschiedenen Mandaten. 3500 Soldatinnen und Soldaten gehören zur NATO-geführten Internationalen Schutztruppe **ISAF**. Deren Ziel ist der militärische Sieg über die Aufständischen.

Dazu gehören auch die Tornado-Kampfflugzeuge und die Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr, die einen Kampfauftrag hat.

Die Eliteeinheit „**Kommando Spezialkräfte**“ kämpft als Teil der Operation Enduring Freedom **OEF** wird aber auch immer häufiger zur Unterstützung der ISAF eingesetzt. Die Abgeordneten des Bundestages werden nicht über ihre Einsätze informiert.

Die Regierung versucht oft, ISAF als „guten Hilfseinsatz“ und OEF als „Anti-Terror-Kampfeinsatz“ darzustellen. Aber diese Unterscheidung entspricht nicht der Realität. ISAF und OEF sind eng miteinander verknüpft. Dazu sagt Oberst Bernhard Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes:

„OEF wird von einem amerikanischen Oberbefehlshaber geführt, ISAF von dem gleichen amerikanischen Oberbefehlshaber. Nur in einem Fall ist ein Nato-Stab eingeschaltet, im anderen Fall ist es unmittelbar ein

amerikanischer Stab. Aber die Art der Operationen ist durchaus vergleichbar. Man darf sich das nicht so vorstellen, dass das blutige Geschäft von OEF besorgt wird und ISAF macht Wiederaufbau. Das ist absolut dummes Zeug.“

Zivilmilitärische Kooperation

„Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“

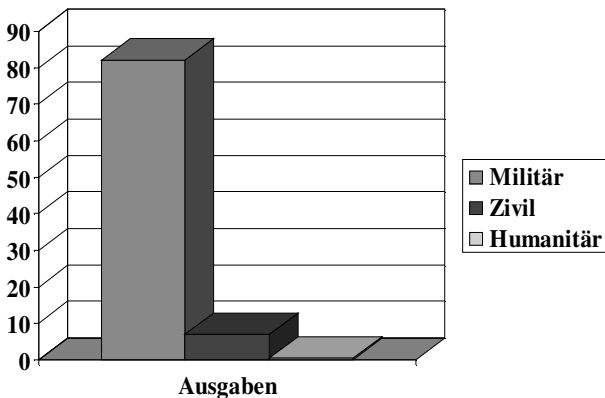
Nelke Manders, frühere Projektkoordinatorin von „Ärzte ohne Grenzen“ in Afghanistan

Die zivil-militärische Zusammenarbeit wird für Afghanistan als Königsweg aus der Krise dargestellt. Sie gilt als der besondere deutsche Beitrag zur Lösung der Probleme. Faktisch bedeutet zivil-militärische Zusammenarbeit aber keine Stärkung ziviler Konfliktlösung, sondern deren Instrumentalisierung für militärische Ziele.

Militär verschlingt die meisten Ressourcen, und Militär dominiert immer stärker die Rahmenbedingungen für zivile Arbeit. Deutsche Entwicklungshilfegelder sollen nur in Verbindung mit Bundeswehrstandorten, den so genannten

Provincial Reconstruction Teams (PRT), eingesetzt werden, um das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ umzusetzen.

Wenn militärische Vorgaben statt den Bedürfnissen der Bevölkerung die Ausrichtung der Hilfe bestimmen, geht diese in die falsche Richtung. Die Hilfsorganisation Oxfam kritisierte im März 2008, dass umgerechnet sechs Milliarden Euro zugesagter Hilfgelder gar nicht in Afghanistan angekommen sind.



Grafik: Prioritäten bei den Ausgaben der Alliierten in Afghanistan (in Milliarden Euro) von 2002 bis 2007

Krieg bringt keinen Frieden

„Die Geschichte beweist, dass keine Nation eine andere befreien kann. Es ist die Pflicht unseres eigenen Volkes und liegt in seiner Verantwortung, für seine Freiheit zu kämpfen und Demokratie herbeizuführen. Die Menschen anderer Länder können uns dabei nur eine helfende Hand reichen.“

Malalai Joya (Frauenrechtlerin und Kriegsgegnerin aus Afghanistan)

„Die Bundeswehr kann sofort abgezogen werden, sie hat keinerlei Relevanz für die Sicherheit Afghanistans, sondern nur für die strategischen Interessen Deutschlands“

Dr. phil. Matin Baraki (Lehrbeauftragter der Philipps-Universität Marburg)

Der Krieg in Afghanistan hat bislang nach vorsichtigen Schätzungen umgerechnet 96 Milliarden Euro gekostet. Das sind etwa 3000 Euro pro Einwohner. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 228 Euro pro Einwohner.

Wäre das Geld für zivile Zwecke statt für den Krieg ausgegeben worden, hätte man den Menschen in Afghanistan wirklich helfen können.

Die Hilfe geht an den Menschen vorbei, weil die NATO-Besatzung die Stärkung des Regimes Karzai und den

militärischen Sieg über den Widerstand zum Ziel hat und nicht die Bekämpfung von Armut und Not.

Die Hilfsorganisation Oxfam empfiehlt deswegen, örtliche und traditionelle Formen der Konfliktbearbeitung zu stärken. Die feste Ausrichtung auf die Stärkung der Zentralregierung und deren in Verruf geratenen Behörden sei falsch.

Denn die Menschen wenden sich überwiegend an Einrichtungen in ihren Dörfern und Gemeinden, um ihre Probleme zu lösen. Die Besatzer setzen dagegen vor allem auf den Aufbau gesamtstaatlicher Sicherheitsapparate wie Geheimdienst, Polizei und Armee. Sie bieten keine Unterstützung für die Institutionen, die am nächsten an den Menschen und ihren Problemen sind, wie zum Beispiel die *shuras* (Dorfräte).

Krieg ist keine Lösung, sondern führt zu mehr Gewalt. Frieden kann nicht von außen verordnet werden, sondern muss im Land selber wachsen.

Schon im 18. und 19. Jahrhundert hat das britische Kolonialreich versucht, Afghanistan zu erobern und willfähige Marionettenregimes einzusetzen, und scheiterte am Widerstand der Einheimischen. Vor 30 Jahren versuchten Kommunisten mithilfe der sowjetischen Armee, der Bevölkerung von oben ihre Vorstellung einer modernen Gesellschaft aufzuzwingen. Ohne Erfolg. Nach zehn Jahren des Krieges mussten sich die sowjetischen Truppen zurückziehen. Heute sind die NATO und die Regierung Karzai so unbeliebt wie all die früheren Eindringlinge.

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte können nicht mit Bomben und Kampfhubschraubern gebracht werden.

Der Abzug der ausländischen Truppen die Voraussetzung für einen gerechten Frieden in Afghanistan.

Eine andere Welt ist möglich

Der Krieg in Afghanistan zeigt, wie mit dem Reichtum der Welt umgegangen wird. Weltweit geben Regierungen jährlich 1.000 Milliarden Euro für Rüstung und Militär aus. Zwei Drittel davon in den USA und der EU, 75 Prozent von den Industriestaaten der G8. Nach UNO-Schätzung wären 175 Milliarden Euro nötig, um weltweit Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung sicherzustellen.

Den NATO-Krieg in Afghanistan zu stoppen, wäre ein Schritt in Richtung einer Welt, in der Geld ausgegeben wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, statt Menschen zu töten.

Für eine solche Welt kämpft die DIE LINKE innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Wenn du mit uns den Krieg in Afghanistan stoppen und für eine andere Welt kämpfen willst: Mach mit bei der LINKEN!

Zum Weiterlesen

Aktionsseite der LINKEN

http://die-linke.de/bundeswehr_raus_aus_afghanistan/

Organisationen und Netzwerke der Friedensbewegung

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/>

<http://www.koop-frieden.de/>

<https://www.dfg-vk.de/willkommen/>

Übermittelt durch:

Impressum

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Kontakt: www.die-linke.de

Text: Christine Buchholz, Claudia Haydt

Coupon ausfüllen, abtrennen und per Post schicken an:
DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name

Frau Herr

Vorname

Geburtsdatum

Beruf

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift

